

No. 470 18. April 2008

**1. Politik:**

- **Die Parapolitik - zwischen Skandal und dem politischen Handeln in einer Gesellschaft in Waffen**

**2. Menschenrechte: Unversöhnliche Widersprüche anstelle von Humanität**

**3. Frieden und Konflikt: Das unsichtbare Phänomen – Der Paramilitarismus in Bogotá und die Negierung mafiöser Strukturen**

**4. Debatte: TLC – Todo Lo Contrario – das genaue Gegenteil**

*Leitungsequipe:*

Mauricio García Durán S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Jorge Carvajal, ILSA

*Direktion:*

Johanna Cárdenas Beltrán

*Redaktion:*

Mauricio García Durán S.J.; Camino Tamayo; Johanna Cárdenas; Nelson Martin

*Gestaltung der Website:*

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinpe.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinpe.org.co)

*Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: [fachstelle.luzern@askonline.ch](mailto:fachstelle.luzern@askonline.ch) Internet: [www.askonline.ch](http://www.askonline.ch)

**1. Politik: Die Parapolitik - zwischen Skandal und dem politischen Handeln in einer Gesellschaft in Waffen**

*Weiterhin landen Kongressabgeordnete im Gefängnis. Im Hof des Gefängnisses La Picota, wo die Parapolitiker inhaftiert sind, hat es kaum mehr Platz. Jede Woche wird irgendein Politiker festgenommen oder zu Verhören geführt. Mehr als 20% des ehrenwerten Kongresses werden wegen ihrer Verbindungen zu den paramilitärischen Verbänden der AUC gerichtlich verfolgt.*

*Von Maria Clara Torres Bustamante, Politologin und Forscherin am CINEP*

Mit Ausnahme des Alternativen Demokratischen Pols PDA und Mira haben alle heute in der Legislative vertretenen Parteien Mitglieder, die wegen ihrer Allianz mit den Paramilitärs angeklagt sind.

**Ein persönliches Problem oder ein Problem des Kongresses?**

Nach dem Präsidenten der Partei U, Carlos García Orejuela, ist die Parapolitik kein Problem des Kongresses, sondern ein persönliches Problem der Beschuldigten und hat darum auch nichts mit dem Kongress zu tun.<sup>1</sup> Doch es gibt im Kongress Stimmen, welche den Kongress auflösen und eine politische Reform durchführen möchten, wobei u.a. Parteien ihren Sitz verlieren würden, wenn ihre gewähl-

<sup>1</sup> El Nuevo Siglo, 11. Februar 2008, Seite A 11

ten Vertreter wegen Delikten im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit, der Förderung oder der Finanzierung von illegalen bewaffneten Gruppen verurteilt werden.<sup>2</sup>

Unterdessen zeichnen die Journalisten fieberhaft Organigramme um so die Verbindungen zwischen der Region, in der die inhaftierten Politiker aufgrund des paramilitärischen Einflusses die Mehrheit der Stimmen erhielten, und den jeweiligen Kommandanten der AUC aufzuzeigen.

Einige Beobachter klagen gar die Existenz einer starren politisch-paramilitärischen Hierarchie an, ähnlich der militärischen Struktur der AUC. An der Spitze dieser politischen Struktur stünden die Kongressabgeordneten, gefolgt von den Gouverneuren und einer Reihe von Departementsabgeordneten, gefolgt von Bürgermeisterinnen und Gemeinderäten, die alle den Paramilitarismus promoviert haben.<sup>3</sup>

### **Die politische Ablösung**

Die Tatsache, dass mehr als 50 Landesväter heute in Strafverfolgungen wegen ihrer Verbindungen mit den paramilitärischen Verbänden der AUC und 22 von ihnen inhaftiert sind<sup>4</sup>, hat Vertreter der sog. Zivilgesellschaft dazu geführt, politische Würde einzufordern und die Legitimität des Kongresses in Frage zu stellen. So heisst es in einem Leitartikel der Zeitung *El Nuevo Siglo*: „Die Politik ist derart in den Dreck gezogen worden, dass ihr Ansehen im Keller ist.“<sup>5</sup> Als ein Grund dafür wird seine Professionalisierung genannt. Trauert dieses konservative Prestigeblatt etwas der Politik der Ehrenwerten nach?

Tatsache ist, dass die Allianzen der Paramilitärs mit Politikern aller Ebenen eine gewaltsame, mit Blut und Feuer durchgesetzte Ablösung der politischen Eliten brachten. So sagte der demobilisierte AUC-Kommandant alias Diego Vecino gegenüber der Staatsanwaltschaft: „(Der Paramilitarismus) hat Leuten niedriger Einkommen erlaubt, Politik zu machen. Die Wahlen gewannen immer die gleichen, der Direktor von Telecom oder die grossen Viehzüchter der Region. Das Modell, das wir durch zu setzen erreichten, veränderte die Politik.“<sup>6</sup>

Mit der Macht der Motorsägen und dem Geld des Drogenhandels gelang „neuen Köpfen“ der plötzliche Sprung in die nationale Politik, unterstützt durch das traditionelle Zweiparteiensystem. Um nach oben zu kommen, mussten sie nicht in die lange Schlange der traditionellen Parteien stehen, welche während 50 Jahren die Politik dominierten. So etwa im Fall von Eleonora Pineda, welche von 700 Stimmen, die sie als Gemeindeabgeordnete von Tierralta erhalten hatte, direkt mit 82'000 Stimmen in den Kongress gewählt wurde.<sup>7</sup>

Tatsächlich gab es einen bedeutenden Wechsel in der politischen Klasse, allerdings nicht in der Art, wie ihn die Förderer der modernisierenden Reformen der Verfassung von 1991 und die politisch korrekte Zivilgesellschaft erwartet hatten. Die Paramilitärs machten Allianzen mit Politikern auf allen Ebenen um einen Staat nach ihrem Gutdünken zu machen. Von ihren Landgütern und militärischen Lagern aus gaben die Paramilitärs ihre Befehle und Kandidatenlisten durch. Tatsächlich hat der Paramilitarismus gelernt, Wahlen zu gewinnen.

Wahrscheinlich würde die Parapolitik nicht einen derartigen Skandal auslösen und angesehene Beobachter dazu bringen, mit derart viel Nachdruck „eine moralische Krise der KolumbianerInnen“<sup>8</sup> anzuklagen, wenn die bis an die Zähne bewaffneten Herren sich darauf beschränkt hätten, ihre Macht in den abgelegenen Dörfern auszuüben, dort die Gemeindekassen zu plündern und sich nicht getraut hätten in derart sichtbarer Weise Einsitz im ehrenwerten Kongress zu nehmen. Doch diese Repräsentanten der Allianz Paramilitarismus-Politik verkörpern die tiefe Überlappung von Drogenhandel und

<sup>2</sup> Proyecto de Acto Legislativo, No. 047 von 2007, angenommen in der 2. Debatte (1. Vernehmlassung) in der Plenarsession des Repräsentantenhauses am 14. Nov. 2007

<sup>3</sup> Siehe Interview mit Claudia López in *El Nuevo Siglo*, 26. Februar 2008, Seite A 10

<sup>4</sup> Stand vom 15. April 2008

<sup>5</sup> *El Nuevo Siglo*, 27. Februar 2008

<sup>6</sup> *El Herald*, 14. Februar 2008, Seite 10

<sup>7</sup> *Corporación Nuevo Arco Iris, Revista Arcanos*, No. 13, März 2007, Seite 6

<sup>8</sup> Interview mit Jorge Luis Garay in *Semana*

Gewalt mit der Politik. Die Parapolitik ist nicht nur ein moralisches Problem, sondern auch ein Problem der Korruption: Sie macht klar, in welcher Form in einer immer noch in Waffen verharrenden Gesellschaft – wie der kolumbianischen – Politik gemacht wird.

## **2. Menschenrechte: Unversöhnliche Widersprüche anstelle von Humanität**

*Fünf Jahre und acht Monate sind vergangen, seit im August 2002 Alvaro Uribe Vélez das Präsidentenamt übernommen hat. Zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme gab es eine Gruppe von Militärs und Polizisten, darunter Offiziere und Unteroffiziere, die bei zahlreichen Kämpfen von der FARC in den Jahren zwischen 1995 und 1998 gefangen genommen worden waren.*

*Von Luis Eduardo Celis, Berater der Korporation Nuevo Arco Iris*

Zum Zeitpunkt des Amtsantritts von Uribe hatte die FARC etwas mehr als 300 Soldaten und Polizisten freigelassen. Eine bedeutende Anzahl von PolitikerInnen, darunter Ingrid Betancourt, befanden sich in der Gewalt der FARC. Ingrid Betancourt war am 23. Februar 2002 entführt worden, als sie wie Alvaro Uribe für das Präsidentenamt kandidierte. Ebenso wurden im Februar 2003 drei US-Amerikaner, die in militärische Operationen involviert waren, von der FARC gefangen genommen.

Fünf Jahre und acht Monate seit dem Amtsantritt von Uribe sind seither erfolglos für die Suche zur Freilassung für diese Gruppe von Personen verstrichen. Einige befinden sich seit zehn Jahren in der Gefangenschaft der FARC. Dies hat viele Kundgebungen des Schmerzes, der Wut und der Forderungen an die beiden Seiten – Regierung und FARC – ausgelöst. Doch eine Verständigung über die Suche nach einer Lösung war nicht möglich. Im Gegenteil: Gegen 30 Geiseln sind gestorben oder getötet worden, so u.a. bei einem militärischen Befreiungsversuch der Ex-Gouverneur von Antioquia, Guillermo Gaviria, der Ex-Minister Gilberto Echeverri und vier Militärs, wie auch anscheinend bei einem Fluchtversuch die elf Abgeordneten des Dep. Valle del Cauca und der Hauptmann Guevara.

Die Geiselnahme ist durch das internationale Recht verboten und weder anwendbar noch zulässig. Die FARC schlagen seit 1999 die Aushandlung eines Abkommens vor, um die von ihr entführten Personen gegen inhaftierte Guerilleros auszutauschen. Während der Regierungszeit von Pastrana (1998-2002) wurde die Freilassung einer Gruppe von Soldaten und Polizisten möglich. Im Gegenzug liess die Regierung elf gesundheitlich schwer angeschlagene Guerilleros frei.

Während der zwei Regierungszeiten von Präsident Uribe war nicht einmal eine Verhandlung über das Thema möglich. Die Erklärung ist einfach: Es gibt keinerlei Interesse der Regierung auf die Vorschläge der FARC einzutreten und ebenso wenig gibt es einen Willen der FARC, ihre Vorschläge zu modifizieren und an die Optionen von Uribe anzunähern. Es gibt drei Forderungen, die absolut nicht verhandelbar sind: Demilitarisierung der Gemeinden Pradera und Florida im Dep. Valle del Cauca für 45 Tage mit der Präsenz einer Verhandlungsdelegation der FARC, geschützt durch ihre eigenen bewaffneten Sicherheitsleute, zur Aushandlung eines Abkommens über den humanitären Austausch. Beide Seiten haben sich gegenseitig fehlenden Willen, geringe Flexibilität, Gleichgültigkeit gegenüber dem Schmerz der Geiseln, ihrer Familienangehörigen und den vielen und grossen Kundgebungen der BürgerInnen, in denen die Freilassung gefordert wurde, vorgeworfen.

Die Frage der Geiseln in der Macht der FARC hat den kolumbianischen Konflikt in die Machtzentren gebracht. Dies ist logisch, da eine kolumbianisch-französische Doppelbürgerin, Ingrid Betancourt, und drei US-Bürger sich in der Hand der FARC befinden. Dies hat zur Mobilisierung von diplomatischen Kräften in den USA und Frankreich geführt. Das Thema wurde auch am G-8 Gipfel behandelt, an dem die grossen acht Industrienationen eine Lösung verlangten. Ebenso war es Gegenstand von Verhandlungen bei der UNO, der OAS und der Rio-Gruppe. Nach dem Tod der Abgeordneten des Dep. Valle del Cauca im Juni 2007 ist es zu einem vorrangigen Thema geworden.

Die grösste politische Sichtbarkeit und Medienpräsenz erlangte das Thema durch die Bitte von Präsident Uribe an den venezolanischen Präsidenten Chávez als Vermittler bei der Suche nach Lösungen zu dienen, welche zur Freilassung von Entführten und Gefangenen führen sollten. Durch den einseitigen

Abbruch dieses Verhandlungsmandats durch Uribe im November 2007 wurde die grösste diplomatische Krise in der Geschichte der beiden Länder Kolumbien und Venezuela ausgelöst.

Inmitten des diplomatischen Chaos zwischen den beiden Ländern reagierten die FARC mit einseitigen Freilassungen von sechs entführten Politikern als eine Geste gegenüber Präsident Chávez. Diese Freilassungen in den Monaten Januar und Februar 2008 wurden im Rahmen eines Kräftemessens zwischen Uribe und Chávez durchgeführt und als humanitäre Annäherungen dargestellt. Doch im Grunde handelte es sich um eine rein politische Operation.

Die FARC und Uribe haben einen enormen Konflikt. Uribe will die FARC auslöschen oder sie zumindest sehr geschwächt zu einem Waffenstillstands- und Demobilisierungsabkommen zwingen. Die FARC setzt auf Widerstand und will beweisen, dass sie weiterhin handlungsfähig ist, auch wenn nur als militärischer Apparat und mit wenig sozialer Unterstützung.

Zwischen diesen zwei Welten gibt es keinerlei Berührungspunkte. Es sind Extreme einer politischen Logik und für beide, Uribe wie die FARC, ist das Thema der Geiseln und inhaftierten Guerilleros in keiner Weise eine humanitäre Angelegenheit. Es ist eine rein politische Sache. Sie werden ihre Haltungen dann flexibilisieren, wenn sie davon ausgehen, dass sie in den grundlegenden politischen Punkten nicht verlieren. Der FARC geht es mit ihren Forderungen darum zu beweisen, dass sie die Fähigkeit hat, mit der Regierung an einen Tisch zu sitzen und von Macht zu Macht zu sprechen. Präsident Uribe gibt in seiner Haltung gegenüber der FARC nicht nach, weil er dadurch eine Schwächung seiner Politik der demokratischen Sicherheit und der Streitkräfte befürchtet und ein negatives Zeichen gegenüber jenen Kreisen gibt, die ihn und die Streitkräfte unterstützen. Es gibt für ihn keinen Raum für Zugeständnisse; es ist nicht die Zeit des Humanitären; es gibt Staatsgründe, die nicht zu ändern sind.

Was kann man nach so vielen Kundgebungen der Bevölkerung und dem internationalen Druck erwarten? Es sind viele Szenarien möglich, z.B. dass Präsident Chávez die FARC zu überzeugen vermag, dass sie politisch mit der Freilassung aller oder einer Gruppe von Geiseln mehr erreichen. Dazu hat die FARC jedoch bereits gesagt, dass es keine einseitigen Freilassungen mehr geben werde. Es ist kaum denkbar, dass sich Uribe mit seinen 84% Unterstützung laut Umfragen an die Forderungen der FARC annähert.

Wir, die wir glauben, dass es sich um ein humanitäres Problem handelt und dass ein Abkommen möglich ist, uns bleibt kein anderer Weg, als den Druck durch Kundgebungen und Aktionen aufrecht zu erhalten, das Gespräch mit allen nationalen und internationalen Akteuren weiter zu führen, welche sich für die Freilassungen einsetzen und einen Weg zu suchen, zu neuen Verhandlungen zu kommen. Denn die militärische Konfrontation allein wird uns keine Überwindung dieser langen bewaffneten Auseinandersetzung bringen.

### **3. Frieden und Konflikt: Das unsichtbare Phänomen – Der Paramilitarismus in Bogotá und die Negierung mafiöser Strukturen**

*„...Es stimmt, in der Nacht kommt ein Auto und wirft Tote in den See.“ Vor vier Jahren gab mir das Leben die Möglichkeit, eine zeitlang als Lehrerin für Demokratie an einer kleinen Gemeindeschule an der Grenze zwischen Bogotá und Soacha zu unterrichten.*

*Von Laura Bonilla, Direktorin des Observatoriums über Dynamiken des bewaffneten Konfliktes der Korporation Nuevo Arco Iris*

Die Gemeinschaft, die sich an diesem Ort niedergelassen hatte, kam aus verschiedenen Regionen, vertrieben durch die Gewalt. Hier lebte sie mit einer anderen, mehr urbanen, aber nicht weniger grausamen Gewalt.

Die Schule lag nahe an einem Weiher, in den alle Arten von Industrieabfällen der Ziegeleifabriken der Zone geworfen wurden. Die Schüler munkelten in den Gängen von der Legende der Zombies dieses

Weihers, von aus dem Wasser steigenden Phantasmen von Ertrunkenen. Die älteren Kinder erklärten schonungslos die Situation: „Es stimmt, in der Nacht kommt ein Auto und wirft Tote in den See.“

Leider war die Antwort von Beobachtern und öffentlichen Institutionen – da Situationen dieser Art keinen Platz in ihren Vorstellungen hatten – die Verdrängung des Problems.

Das Verhalten des bewaffneten Konfliktes in Bogotá und seiner Umgebung in Cundinamarca ist schwierig zu charakterisieren.<sup>9</sup> Dies auch deshalb, weil die Folgen der Gewalt in einer Stadt von der Grösse Bogotas nicht mit den gleichen Instrumenten und dem gleichen Vorgehen wie in anderen Städten gemessen werden können.

Diese Aussage erhält durch die Anklage der Menschenrechtsombudsstelle und verschiedener Medien über die aktive Präsenz von bewaffneten Gruppen unter der Bezeichnung *Aguilas Negras en Rearme – Schwarze Adler in Wiederbewaffnung* besondere Aktualität. Die Schwarzen Adler haben in den letzten Monaten mehrere soziale Führungsleute und NGO's, alternative Medien und insbesondere Opferorganisationen bedroht. Verschiedene Fragen tauchen in diesem Zusammenhang auf: Welches sind die Charakteristiken dieses Phänomens? Welches sind die verletzlichsten und am meisten gefährdeten Gruppen? Wie wird sich das Problem weiter entwickeln?

### **Das paramilitärische Phänomen im Distrikt der Hauptstadt Bogotá**

In der Phase der stärksten Ausweitung des paramilitärischen Phänomens, ab 1997 mit der Schaffung der *Vereinten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens AUC*, erreichten die Paramilitärs die Kontrolle über die öffentliche Verwaltung in 430 Gemeinden in 12 Departements des Landes.

Das Ausmass dieses Phänomens und dessen urbane Charakteristiken in Städten mit weniger als 500'000 EinwohnerInnen führte dazu, dass die Folgen in den grösseren Städten – und ganz besonders in Bogotá – minimalisiert wurden. Dies obwohl seit Beginn der 90er Jahre in Bogotá bewaffnete Kampagnen, vor allem durch private Armeen der Smaragdmafia durchgeführt wurden.<sup>10</sup> Es bestand die Idee, dass die Paramilitärs nur in den Randgebieten der Hauptstadt präsent seien, wo ein Einfluss der kriegerischen Konfrontation mit angrenzenden Regionen von Cundinamarca wie z.B. der östlichen Tiefebene vorhanden war.

Aus einer rein statistischen Perspektive betrachtet, erreichten diese bewaffneten Aktionen und die Auseinandersetzungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre nicht, dass Alarm ausgelöst wurde. Dies umso weniger im Vergleich mit anderen Städten des Landes und noch viel weniger im Vergleich mit gewissen Gemeinden, in denen die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit von den Paramilitärs übernommen wurde.

Doch eine detailliertere Analyse und eine Fall- und Soziologiestudie könnte eine andere Realität aufzeigen. Der Einfall des paramilitärischen Phänomens in Bogotá ab 1997 hatte verschiedene Charakteristiken: Die Rekrutierung bereits bestehender Banden; die Organisierung von Sattelitengruppen mit einer niedrigen Organisationshierarchie; die selektiven Morde an Jugendlichen in Randzonen; die schweren Auseinandersetzungen zwischen Teilen oder Fraktionen von Gruppen; die Niederlassung in Zonen zur Versorgung der illegalen Ökonomien, Kontrolle des Drogenkleinhandels und Schaffung von informellen Arbeitsplätzen.

Dies bedeutet nicht nur eine vorübergehende Präsenz mit einem spezifischen Ziel. Ab dem Jahr 2000 förderte die Operation der paramilitärischen Gruppen implizit eine bestimmte soziale und wirtschaftliche Ordnung in verschiedenen Teilen der Hauptstadt, wie auch die Infiltrierung verschiedener Kreise

---

<sup>9</sup> Pérez, Bernardo und Torres, Ivan; Die paramilitärischen Gruppen in Cundinamarca und Bogotá, 1997 – 2005 in „Parapolitica, La Ruta de la Expansión Paramilitar y los Acuerdos Politicos“, Corporación Nuevo Arco Iris, Intermedio Editores, Bogotá 2007

<sup>10</sup> Zu Beginn der 90er Jahre stand auf vielen Mauern Bogotas der Spruch: „Bogota den Smaragdhändlern“ oder „Puerto Boyacá, Antiaufständische Hauptstadt Kolumbiens“, eine Kampagne, die von Victor Carranza und mehreren Privatarmeen der Region gefördert wurde.

der Bevölkerung. Diese Situation ist auch nach der Demobilisierung noch gleich und bildet einen Rückhalt für jegliche Form von bewaffneten Akteuren, welche das gleiche Modell auf der gleichen Grundlage verfolgen, so z.B. Gruppen wie die *Aguilas Negras*.

Zu Beginn geschah die formelle Präsenz der AUC in Bogotá unter dem Namen *Frente Capital*. Operationsgebiete waren die Viertel Bosa, Kennedy, Ciudad Bolívar und Soacha. Anfängliche Absicht war die Schaffung eines Mobilisierungskorridors und eines Kommunikations- und Versorgungszentrums für andere Einheiten und Strukturen der AUC auf dem Land. Carlos Castaño versicherte im Jahr 2001, dass das Hauptziel des Einmarschs in Bogotá – zu Beginn nur mit ganz punktuellen Aktionen – zu einem Gewinn für andere benachbarte paramilitärische Verbände wurde, insbesondere für jene in den Ostebenen, die mehr an der territorialen Kontrolle und den Geschäften des Drogenhandels interessiert waren. So kaufte sich Miguel Arroyabe den Eintritt in Bogotá und Soacha und erreichte so die Schaffung einer stabileren Einheit mit Kämpfern von paramilitärischen Blöcken aus dem Sumapaz und der Departements Tolima und Boyacá.

Doch dieser Punkt führte zu einer unterschiedlichen Charakteristik bei den Operationsweisen, welche zusammen mit den ab 2003 einsetzenden Auseinandersetzungen in den Ostebenen zu einer Verschärfung der Konfrontation aneinander angrenzender Gruppen zwischen Bogotá und Soacha führte. Folge davon war die Ermordung von über 700 Jugendlichen in weniger als zwei Monaten.

Zeitlich fielen die Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen paramilitärischen Gruppen, die Höhepunkte der paramilitärischen Ausweitung und die Gewaltwellen in den Vierteln Kennedy und Ciudad Bolívar in den Jahren 2003 und 2004 genau zusammen.

Diese Phase des paramilitärischen Phänomens ermöglichte die Rekrutierung von lokalen Verbrecherorganisationen, die Infiltrierung der informellen Ökonomien von ganzen Vierteln und die Einsitznahme in mehreren Stadtteilräten peripherer Viertel der Stadt Bogotá, dies nach der Ermordung verschiedener lokaler Führungsleute.<sup>11</sup>

Zwei Strömungen identifizierten sich in diesem Punkt: Eine systematische Eliminierung von lokalen sozialen Führungsleuten und eine Übernahme der informellen Sektoren der Wirtschaft, dies nicht nur in den peripheren Zonen, sondern in wichtigen Handelszentren wie den Sanandresitos (Warenhäuser), den Grossmärkten und dem informellen Handel im Stadtteil Chapinero.

Vor der Demobilisierung der AUC kam es durch die internen Auseinandersetzungen des *Frente Capital* und die Ermordung von Miguel Arroyabe zu einem Bruch mit dem herrschenden Operationsmodell. Dies gipfelte in der öffentlichen Leugnung der Existenz eines *Frente Capital* durch Salvatore Mancuso, dem Chef der Paramilitärs der AUC. So wurde das blutige Phänomen der Präsenz dieser Struktur der AUC zu einer Frage der öffentlichen Sicherheit ohne jeglichen Bezug zum bewaffneten Konflikt, ohne Möglichkeit der Wiedergutmachung für die Tausenden von Opfern und ohne Aussicht auf Wahrheit. Noch schwerwiegender ist die Aufrechterhaltung der kleinen bewaffneten Strukturen und der territorialen Unterstützungen, die zu einer leichten und raschen Neuformierung dieser Strukturen unter der Bezeichnung *Aguilas Negras en Rearme* – Schwarze Adler in Wiederbewaffnung geführt haben. Dabei kommt erschwerend dazu, dass strukturelle territoriale und logistische Erfahrungen vorhanden sind, welche das Wachstum dieses Phänomens begünstigen.

### **Die Debatte über die Schwarzen Adler**

Eine ernsthafte und direkte Auseinandersetzung über die Folgen des bewaffneten Konfliktes auf die Hauptstadt Bogotá ist notwendig, dringlich und von grundlegender Bedeutung. Man darf sich nicht nur auf die Beobachtung der Zunahme der Störungen der öffentlichen Ordnung beschränken.

---

<sup>11</sup> Bernardo Pérez und Ivan Torres: „Während des Jahres 2001 wurden Ciro Alberto Rincón, Präsident des Stadtteilrates des Viertels Luis Carlos Galán II (5. Juni), Luis Casallas, Präsident des Stadtteilrates des Viertels Villa Mercedes (17. Juli) und José Cogua, Vizepräsident des Stadtteilrates des Viertels La Isla (12. August) ermordet, nachdem sie öffentlich die Präsenz der AUC in Altos de Cazucá angeklagt hatten.“

Die Schnelligkeit der Wiederbewaffnung in Bogotá wurde kürzlich vom Frühwarnsystem der Ombudsstelle angezeigt. Dies bedeutet nicht nur erneute humanitäre Krisen in gewissen Vierteln, sondern die Ausweitung mafiöser Strukturen, welche sich in der Hauptstadt verankern wollen.

Es besteht die dringende Notwendigkeit, die absurden Debatten über das Phänomen der Schwarzen Adler und ob diese Teil oder losgelöst von den Paramilitärs sind, zu beenden. Dies umso mehr in einem Moment, in dem die Schwarzen Adler zeigen, dass sie die gleiche Operations- und Einschüchterungsfähigkeit haben, wie vorher der Frente Capital der AUC. Bogotá hat keinen ernsthaften Prozess zur Auflösung der Banden eingeleitet, welche den Schwarzen Adlern als Unterstützung dienen.

Die Stadt kann nicht einfach eine weitere Verschärfung der systematischen Morde an lokalen sozialen Führungspersonen abwarten, noch eine unhaltbare Ausweitung des Einflusses der bewaffneten Mafias auf städtischer Ebene. Unabhängig des Namens dieser bewaffneten Struktur ist deren wichtigster erklärter Feind die Demokratie und die Mitbestimmung der BürgerInnen.

### **3. Debatte: TLC – *Todo Lo Contrario* – das genaue Gegenteil**

*Obwohl die Abkürzung TLC für Tratado de Libre Comercio steht – gemeint ist das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen den USA und Kolumbien -, wird in diesem Artikel auf ein Syndrom hingewiesen, welches unseren eigenen Realitätssinn und den Existenzsinn als Gesellschaft in Frage stellt: Das Syndrom *Todo Lo Contrario* – das genaue Gegenteil.*

*Von Hernando Llano Angel, Professor an der Universität Javeriana in Cali*

Im Lexikon der Königlichen Akademie der Spanischen Sprache wird ABKOMMEN als „das, was zwischen zwei oder mehreren Prinzen oder Regierungen vereinbart wird“, definiert. Die Ereignisse der letzten Woche in Washington machen klar, dass es dort im Norden keine Prinzen gibt, und dass im Süden die Regierung Gefahr läuft, zu verschwinden. Da die Materie abhanden kommt, wird es kein bilaterales Freihandelsabkommen innerhalb der angestrebten 90 Tage geben, wie es der Prinz des Norden anstrebte. George W. Bush regiert im Wirtschaftsbereich nicht. Er ist völlig dem demokratisch dominierten Kongress und dem strengen Regime von Nancy Pelosi unterworfen. Doch noch viel weniger kann man von einem Abkommen mit einer Regierung erwarten, jener des Südens, die durch eine weite und fruchtbare Erde ersetzt worden ist, die keinerlei eigene Wirtschaftspolitik kennt und deren Prinz zu einem feudalen Aufseher geworden ist, der im Wesentlichen von den Bestimmungen des Nordens abhängig ist.

Das Schwerwiegendste am Syndrom „genau das Gegenteil“ ist dessen rasche Ausbreitung auf immer mehr staatliche Institutionen und einflussreiche Instanzen der nationalen öffentlichen Meinung. Offensichtliche Symptome davon sind die Polemik rund um die Auslieferung des paramilitärischen Chefs alias Macaco und die Metamorphose unseres parlamentarischen Systems zu einem Gefängnisystem (A.d.Ü. im Spanischen das Wortspiel: del régimen parlamentario a uno penitenciario), wie es der geniale Karikaturist Osuna bezeichnet hat. Mittels der Auslieferung und vermeintlich im Namen der Justiz steht man am Punkt, die Wahrheit und die Würde der Opfer und ihrer überlebenden Familienangehörigen zu verhöhnen, denn in den USA wird Macaco als Drogenhändler und nicht als ein Verbrecher an der Menschlichkeit – wie er einer ist – abgeurteilt werden. Der kolumbianische Staat und sein Präsident werden „genau das Gegenteil“ machen. Sie sind nichts als Ausführende einer schmachvollen US-Justiz, die nur an den Drogenrouten, den Drogenanbaugebieten, den Komplizen, den Laboratorien und dem ungeheuren Reichtum von Macaco interessiert ist. Es genügt, auf das Urteil gegen Chiquita Brands zu verweisen. Die Wahrheit und noch viel weniger das Leiden der Opfer haben keinerlei Bedeutung. Was eigentlich Prioritäten in einem anständigen und legitimen Staat sein sollten, um genau zu verhindern, dass sich das Verbrechen konsolidiert und schlussendlich Kriminelle und/oder deren Strohmänner regieren und Gesetze erlassen – wie es im Moment der Fall ist – hat hier keinerlei Bedeutung.

Das Gleiche geschieht mit dem Skandal des Kongresses und der Parapolitik. Dank dem Obersten Gerichtshof verstehen wir KolumbianerInnen erstmals die Unterschiede und auch die grosse Ähnlichkeit

zwischen einem parlamentarischen und einem Gefängnis-Regime, also was einen authentischen Kongressabgeordneten von einem als Politiker getarnten Kriminellen unterscheidet. Genau das Gegenteil dessen, was in einer wirklichen Demokratie geschieht, wo über das Urteil der BürgerInnen und nicht durch ein Gericht über die repräsentativen Institutionen geurteilt wird, vollzieht sich bei uns. Auf die gleiche Ebene muss man den medialen Hintergrund der humanitären Missionen setzen, die zu Publizitätsunternehmen werden, bei denen die Freiheit und die Gesundheit der Entführten politischen und militärischen Zielen der beiden Konfliktparteien geopfert werden. Einmal mehr, „das genaue Gegenteil“ dessen, was in einem Szenario geschehen müsste, in dem Staatschefs und nicht Schauspieler oder ohnmächtige Geiseln der Macht und der Gewalt agieren. In unserer Realität geschieht jedoch genau dies unter dem Vorwand der Regierung, den Erfolg der „Demokratischen Sicherheit“ zu konsolidieren oder der wahnwitzigen Absicht der FARC, den Status als kriegführende Partei zu erlangen, wobei sie sich wie eine Bande von Entführern unter totaler Verachtung des humanitären Völkerrechts benimmt.

Uribe ist ein Gefangener einer autistischen und rachsüchtigen Macht. Das hindert ihn daran, den degradierten Charakter unseres internen Konfliktes zu erkennen, über den er täglich gegenüber internationalen und medialen Machtakteuren wie Sarkozy oder Chávez immer mehr die Kontrolle verliert. Die „Demokratische Sicherheit“ hängt in extremem Ausmass von der wirtschaftlichen Unterstützung und der militärischen Technologie der USA und dem US-Geheimdienst ab. Das humanitäre Abkommen wird nicht mehr ohne externe Staatsleute möglich sein, die sich mehr um das Leben und die Freiheit der Gefangenen sorgen als um einen weit entfernten militärischen Sieg über den Terrorismus. Es ist eine bittere Ironie, dass die Rückkehr der letzten freigelassenen Entführten mehr den Vermittlungsbemühungen der Senatorin Piedad Cordoba und dem Geschrei von Chávez zu verdanken ist, als der „Demokratischen Sicherheit“. Deren grösster Schlag (A.d.Ü. gemeint ist der Übergriff kolumbianischer Streitkräfte auf Ecuador und die Tötung des FARC-Führers Raul Reyes und über 20 weiterer Personen am 1. März 08) hat der Perspektive eines humanitären Austausches eine schwere Verletzung zugefügt und diese in weite Ferne gerückt. Zudem wurde dadurch Kolumbien von der entstehenden lateinamerikanischen Gemeinschaft isoliert. Mit anderen Worten: Präsident Uribe beweist „das genaue Gegenteil“ eines authentischen Staatsmannes, der mit Autonomie die Geschicke des Staates lenkt und das Leben und die Freiheit aller BürgerInnen garantiert, ohne das Schicksal der gesamten Gesellschaft und seine internationalen und wirtschaftlichen Beziehungen dem Gedeihen und der Sicherheit einer kleinen privilegierten Schicht zu opfern.

Auf der anderen Seite steht der FARC-Chef Marulanda, der seit einem halben Jahrhundert im Urwald der Gewalt versteckt ist, der jeden Tag mehr an Prestige verliert, von der nationalen und internationalen Meinung isoliert ist und vor dem Punkt steht, mit dem Stigma des grausamsten Entführers und nicht als der älteste Guerillero der Welt zu sterben. „Das genaue Gegenteil“ eines authentischen revolutionären Führers, der sich gegen die Willkür und den Despotismus jener auflehnt, welche das Leben und die Freiheit der Mitmenschen verneinen, und dafür sogar bereit ist, sein eigenes Leben hinzugeben, damit eine gerechtere, solidarischere und humanere Gesellschaft entstehen kann.

Sicherlich geschieht uns „das genaue Gegenteil“ von dem, was wir wünschen, denn seit 60 Jahren verehren wir diesen Menschen, der mit seinem flammenden Wort und seiner Mestizenhaut das verkörperte (A.d.Ü gemeint ist der 60. Jahrestag der Ermordung von Eliécer Gaitán), was nur ein Volk machen kann, ohne Messias oder Caudillos: Eine gerechte, freie und würdige Gesellschaft zu schaffen, in der die Demokratie eine Realität ist und nicht dieses faktische Wahlregime, das wie eine perfekte kriminelle Verschwörung funktioniert, um die ewig Privilegierten an der Macht zu halten, und gewissen Kriminellen unter der Maske der „Demokratischen Sicherheit“ und eines vermeintlichen „Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden“ eine Vorzugsbehandlung zukommen zu lassen. Ähnliches geschah uns im Namen des „Frente Nacional“ und der „Nationalen Versöhnung“ vor 50 Jahren. Werden wir die Geschichte wiederholen oder „das genaue Gegenteil“ machen, um endlich eine Demokratie mit Gerechtigkeit, Freiheit und Würde aufzubauen?